

Nr. 11
1973

Union in Deutschland

Bonn, 13. März 1973

Barzel: Die Union aus der Substanz erneuern

Als ich zuerst auf dem westfälischen Landesparteitag in Siegen vom Zeitgeist sprach, da hat manch einer gemeint, ihm fällt wieder etwas ein um abzulenken. Inzwischen haben wir alle die Zahlen gelesen über Neutralismus, über Klassenkampf. Wir haben auch Erfahrungen mit Wahlergebnissen in anderen Ländern. Ich will hinzufügen, wir sehen, daß z. B. in Deutschland, aber eben auch in Frankreich zu gleicher Zeit zwei wichtige Erscheinungen zu verzeichnen sind: Bei immer mehr Wählern gewinnt die Meinung an Boden, der Kommunismus sei weder aktuell noch gefährlich. Und bei einer wachsenden Zahl von Sozialisten wird immer mehr die Solidarität der Sozialisten vorgezogen vor der Solidarität der Demokraten. Dies nennt man dort Volksfront, hier Kampf wider den Erlaß gegen die Feinde der Freiheit im öffentlichen Dienst.

In diesen Zeitgeist hinein müssen wir unser Ringen um eine neue Mehrheit setzen, denn wer hofft, um die nächste Straßenecke einen anderen Helfer als Partner zu finden, wird sich täuschen. Um eine neue Mehrheit werden wir ringen müssen, so ist die Erfahrung in den Kommunen, im Land und im Bund. Dies wird uns nur gelingen, wenn wir erstens entschlossen sind, uns aus unserer Substanz zu erneuern. Wenn wir zweitens unsere Kraft ausschließlich dem Kampf gegen andere zuwenden, und wenn wir drittens sozial uns von niemandem übertreffen lassen. Indem ich dies sage, füge ich den Satz hinzu: Sozial ist etwas anderes als sozialistisch.

Diese Union hat ein Programm, und ich warne alle, der Gefahr der Profilitis etwa zu erliegen. Wobei ich Profilitis definieren möchte als die Sucht, durch eigenes Vorpreschen mit eigenwilligen eigenen Erklärungen zu Lasten des Ganzen sich selbst mehr Gehör zu verschaffen. Wenn es welche geben sollte, die nach dem Motto 'Wie hätten Sie's denn gerne' Politik und Programm ausrichten wollten, dann kann ich nur sagen, auf diese Weise wird man keine Wahl gewinnen. Und wenn es jemanden geben sollte, der sagt, was kümmert mich meine Einlassung von gestern, mein Satz, den ich den Wählern sagte, das Programm, das ich Ihnen gedruckt vorlegte, nachdem die Delegierten es erörtert und beschlossen haben, der wird auch

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ UNION

Generalsekretär Dr. Konrad Kraske entwickelt in einem UID-Interview seine Vorstellungen von den künftigen Aktivitäten der CDU als einer Partei, die überall im Alltag für Freiheit und Gerechtigkeit eintritt. Seite 7

■ RENTEN

Die Union läuft Sturm gegen den Rentenschwindel der SPD/FDP-Koalition, die die Rentner jetzt um die der Union zu verdankenden Vorteile des Rentenreformgesetzes vom 21. September 1972 bringen will. Flugblatt Seite 10 und Dokumentation Seite 11

■ WÄHRUNG

Dr. Rainer Barzel stellt fest, daß durch die bisher gefundenen Scheinlösungen jene Rückschläge nur mühsam verdeckt werden, die die wiederholten Währungskrisen für den Zusammenhalt der Europäischen Gemeinschaft bedeuten.

Seite 19

■ KIRCHE-STAAAT

Dr. Helmut Kohl begrüßt das von der Gemeinsamen Synode der Bistümer erarbeitete Arbeitspapier über die Aufgaben der Kirche in Staat und Gesellschaft als Anregung und Engagement für die Union. Seite 19

künftige Wahlen nicht gewinnen. Aus meiner Sicht hat die Führung der Partei und der Vorsitzende zuallererst sich als der treueste Sachwalter des demokratisch beschlossenen Programms und der von den Delegierten gebilligten Politik zu sehen. Wenn der Vorsitzende glaubt, daß er aus seiner Einsicht oder auch aus seiner Umsicht, oder aus seiner Führungspflicht etwas daran ändern müßte, daß eine neue Aussage notwendig ist auch schon als eine Leitlinie etwas für die Bundestagsfraktion, dann muß er dies sagen und zwar da sagen, wo die zuständigen Gremien sind. Ich habe dies zu zehn Punkten gesagt; es wurden zu diesen Punkten Kommissionen eingesetzt. Diese Kommissionen werden nun an die Arbeit geben, nach einem Zeitplan, und die Ergebnisse werden je nach dem Rang vom Parteitag, vom Bundesparteiausschuß oder von der Bundestagsfraktion zu entscheiden sein.

Sollte einer fragen, warum sind da einige der Themen dabei, die auch andere haben, dann doch ganz klar, weil diese Themen halt zu beantworten sind und wir nicht ohne Antworten sein können. Aber die Alternative wird sich nicht im Thema ergeben, sondern in der Art und in dem Inhalt der Antwort, die wir geben. Ich möchte deshalb einige dieser Fragen hier stellen: Sind unsere Gesetze zur Vermögensbildung aufgrund der veränderten Verhältnisse noch in allen Punkten sachgerecht? Stimmt z. B. der Ansatz von den 20 DM noch? Oder muß etwa zur Förderung der Sparfähigkeit der steuerliche Grundfreibetrag auch wegen der Inflation heraufgesetzt werden, und was ist hier familienpolitisch einzuordnen? Oder wie können wir unser eingebrachtes Sofortprogramm für die berufliche Bildung vervollständigen? Mit den Ländern abstimmen und einige offenbare Mißstände alsbald beseitigen? Und was sagt eigentlich unser Ja zum sozialverpflichteten Privateigentum, das wir auch im Bereich des Baubodens wollen, was sagt das bei den modernen Problemen? Was ist hier steuerlich zu machen? Und wenn Herr Vogel jetzt kommt und sagt, er wolle das Eigentum von der Verfügungsgewalt bzw. von der Nutzung trennen, dann lehnen wir dies ab. Denn daß der Eigentümer im Grundbuch steht und die Steuern zahlt, während eine Behörde die Verfügung über Grundstücke und Häuschen übernimmt, dies wäre Sozialismus. Aber ebenso wenig können wir uns etwa an die Seite derer stellen, die sich weigern, aus Gründen des Allgemeinwohls wichtige Entwicklungen zu vollziehen, da muß dann enteignet werden können. Und wer schnell aufgrund besonderer Kenntnis künftiger Bebauungspläne Grundstücke zu spekulativen Zwecken erwirbt, der soll vorher wissen, daß wir ihn für diese Spekulationsgewinne steuerlich heranziehen werden.

Da gibt es die Diskussion über die Mitbestimmung. Es ist eine weitverbreitete Meinung in der Partei und auch in der Bundestagsfraktion, daß wir hierüber neu nachdenken sollten. Wenn man aus-

geht von dem, was ich gern die Gleichgewichtigkeit der Partner nenne, dann müssen wir uns doch fragen: Was ist zu tun, hinsichtlich der Verstärkung der Rechte der Arbeitnehmer im Betrieb? Wie lösen wir die Frage der leitenden Angestellten? Ich frage mich, verengt es nicht den Blick, wenn man immer nur auf's Zahlenspiel im Aufsichtsrat schaut? Das ist auch ein Problem, aber doch nicht das einzige. Wenn Mitbestimmung unser Thema war, dann muß es unser Thema bleiben, durch eine Antwort, die über einen oberflächlichen, tagespolitischen Koalitionskompromiß dieser Leute, die jetzt regieren, hinausgeht. Uns muß ein Konzept einfallen, das diese Probleme in den Zusammenhang stellt, und dabei wollen wir uns auch nicht drücken vor der Frage des Aufsichtsrats und dies alles angehen aus dem Geist der Partnerschaft und deren Gleichgewicht.

Nun zu einem anderen Thema, das glaube ich immer wichtiger wird: Warum bekommt eigentlich eine Witwe weniger Rente als ein Witwer? Darauf wissen wir Antworten, ich aber kenne keine, die mich für die Zukunft voll befriedigt. Und auch in anderen Fragen wollen wir uns nicht verengen lassen, als sei es nur ein Problem § 218 oder nur ein Problem Ehescheidung – nein, meine Freunde, es geht um die soziale Stellung und die soziale Sicherheit, und zwar die eigenständige soziale Sicherheit der Frau in einer Zeit, in der die Ehe sozial und wirtschaftlich, (ich sage nicht religiös, moralisch oder theologisch) nicht mehr für die ganze Zeit des Lebens eine ausreichende ökonomische Basis darstellen könnte.

Nicht klagen – handeln!

Wohin wir kommen kreuz und quer in der Bundesrepublik, überall gibt es ein Thema, nämlich besorgter werdende Eltern und nachdenklich werdende Schüler. Ich meine, dies ist ein Thema für die Union. Denn wenn es stimmt, was wir gesagt haben, die Union als eine Partei, die nicht nur in Amtsstuben und Parlamenten tätig ist, muß hinaus ins Volk, dann müssen wir hier den Eltern sagen, wir lassen Euch nicht allein, wir bringen Euch mit anderen Eltern zusammen und unsere Politiker stehen zur Verfügung. Euch zu helfen, wenn es gilt, einem Lehrer, der sein Amt zu ideologischer Indoktrination mißbraucht, einmal deutlich die Meinung zu sagen.

Wir haben noch für eine ganze Weile Gegenwind auszuhalten. Aber das darf uns nicht umwerfen, wenn wir uns begreifen als ein gesunder Stamm. Weg mit allem, was morsch ist, dann werden auch die anderen wiederkommen und sich daran anlehnen. Das besonders dann, wenn wir nicht klagen über die ernstesten und schrecklichsten Zeiten, sondern das tun, was möglich ist sie zu verändern. Und wenn wir nur wollen, werden wir dies können.

Dollar verbrennen?

Die Bemühungen der Bundesregierung, die durch die 10%ige Dollar-Abwertung entstandenen Kursverluste der Bundesbank zu bagatellisieren, werden von der eigenen Partei nicht ernst genommen. So schreibt der SPD-Pressedienst „Volkswirtschaft“: „Die Behauptung, die hereingeschwemmten Dollar brächten keine Wertverluste, sondern nur Buchverluste bei der Bundesbank, ist nicht aufrechtzuhalten. Stimmt diese These, so könnten wir alle umlaufenden Dollar aufkaufen und verbrennen, dann wären wir sie alle los.“

Gewandt fordert ein EG-Memorandum für den Handel

Ein Memorandum über die Situation, die Entwicklungsmöglichkeiten und die im Bereich der Strukturpolitik für den Handel notwendigen Maßnahmen hat der Hamburger CDU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Diskussionskreises Mittelstand, Heinrich Gewandt MdB, in einem Schreiben an den Präsidenten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, F. Ortoli, gefordert.

Ein solches Memorandum ist nach Auffassung von Gewandt notwendig, um feste Anhaltspunkte für den Handel zu geben, der sich in einem bislang in dieser Form nie gekannten dynamischen Strukturwandel behaupten muß. Ein solches Memorandum ist aber auch notwendig, um für den Handel bei den Dienststellen der Europäischen Kommission in Brüssel mehr Verständnis zu wecken, nachdem die Kommission sich bislang schwerpunktmäßig mit der Landwirtschafts- und der Industriepolitik beschäftigt

Präsidium: Schluß mit der Leisetreterei!

Die jüngsten Schikanen der DDR-Regierung, mit denen die freie Arbeit westdeutscher Journalisten verhindert werden soll, bevor sie überhaupt begonnen hat, zeigen erneut, wie berechtigt die Warnungen der Union waren, den Grundvertrag nicht unter dem Druck eines Wahltermins abzuschließen.

Inzwischen ist unverkennbar, daß die DDR durch scheinbare Nachgiebigkeit in den letzten Tagen vor der Wahl – zum Beispiel auf dem Gebiet der Zusammenführung getrennter Familien – in den Wahlkampf eingreifen wollte. Die Verantwortung für die Enttäuschung vieler dadurch geweckter Hoffnungen nach der Wahl trägt allein die Bundesregierung.

Die Union fordert den Bundeskanzler und seine Regierung auf, endlich mit der Leisetreterei Schluß zu machen und die Schikanen der DDR vor aller Welt als das zu bezeichnen, was sie sind: Verstöße gegen die primitivsten Gesetze der Menschlichkeit, Verletzungen eben erst eingegangener Verpflichtungen und willkürliche Hindernisse auf dem Weg zu wirklicher Entspannung.

hat. Dabei wurde seitens der Kommission der Lösung der sich aus dem dynamischen Strukturwandel für den Handel ergebenden Probleme zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet.

Durch die Erarbeitung eines Memorandums soll das bislang Versäumte nachgeholt werden. Ein solches Memorandum würde zudem den Einzelstaaten die Möglichkeit geben, die Maßnahmen ihrer nationalen Gesetzgebung stärker an gemeinsamen europäischen Zielen zu orientieren und so auch einen Beitrag zur Harmonisierung zu leisten.

„Straße des Moskauer Vertrags“ gefordert

Die Jugendorganisation der DKP, die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) in

Kiel, hat von der Stadtverwaltung die Umbenennung der Insterburger Straße in „Straße des Moskauer Vertrags“ gefordert. Wörtlich heißt es in der Begründung der Kieler DKP-Jugendorganisation: „Der Name Insterburg ist der Name einer Stadt im ehemals deutschen Ostpreußen. Heute gehört dieser Teil Ostpreußens zur Sowjetunion; den Namen Insterburg gibt es nicht mehr. Der Name ‚Insterburger Straße‘ soll also an das Deutsche Reich und die verlorenen Ostgebiete erinnern. Das kommt den Kräften zugute, die noch immer Gebietsforderungen stellen. Diese Gebietsansprüche richten sich gegen den Geist der Verträge von Moskau und Warschau. Als Sinnbild für die mit den Verträgen begonnene Entspannungs- und Friedenspolitik und als Schritt zur Verwirklichung der Verträge beantragen wir, die Insterburger Straße umzubenennen.“

DDR-Katholiken im Visier

Es mehren sich in jüngster Zeit die Demarchen offizieller DDR-Institutionen, die – wie der Vorsitzende der Ost-CDU, Götting, es ausdrückte – die Kirchen zur Freigabe ihrer „politisch-geistigen und organisatorischen Bindungen an bürgerliche Ideologien“ bewegen sollen. Dabei fehlt es nicht an unverhüllten Drohungen vor einem spezifisch christlichen Sozialismus und vor Versuchen, „pseudolinke Varianten der spätbürgerlichen Theologie“ zu übernehmen. Im Visier der DDR-Agitatoren befinden sich derzeit vor allem die Katholiken im SED-Staat, deren Zahl zwar – auf die gesamte Bevölkerung umgerechnet – verschwindend klein ist, die aber zu erheblichen Teilen nach wie vor im organisatorischen Zusammenhang mit Diözesanbischöfen leben, die ihren Sitz in der Bundesrepublik haben.

Die auf die Kirchen zielende Aktivität steht nur zu einem Teil in der antireligiösen Grundkampagne, die zum ideologischen Konzept der SED gehört. Sie hat – gerade jetzt – einen sehr politi-

schen Hintergrund. Das Ziel: die völlige Trennung der Bistümer in den beiden Teilen Deutschlands und – am Ende des Prozesses – die offizielle Anerkennung der DDR durch den Vatikan. So wenig sich SED-Größen sonst für katholische Purpurfarben zu erwärmen vermögen: ein Nuntius in Ost-Berlin würde von ihnen mit Kußhand empfangen.

Die Verbindung zwischen den Christen in Deutschland-West und Deutschland-Ost hat sich in den vergangenen Jahren trotz allem noch immer als besonders stabil erwiesen. Zwar hat sich der organisatorische Zusammenhalt zwischen den Diözesanteilen diesseits und jenseits der Demarkationslinie in den Jahren seit dem Mauerbau nicht mehr voll entfalten können. Wollte man ihn – auch kirchlicherseits – nun völlig kappen, dann wäre damit mehr vertan als ein kirchenpolitisches Konzept. Die Drohungen gegen die Katholiken in der DDR sollten jedenfalls voreiligen römischen Diplomaten eine Warnung vor Hoffnungen sein, die sich mit Sicherheit nicht erfüllen werden. Eigene DDR-Diözesen wären keine Garantie für Eigenständigkeiten. Im Gegenteil.

Willi Weiskirch

Inflationsbekämpfung – der kleine Mann zahlt weiter

Inflation ist nicht die Sache eines Tages. Inflation beginnt durch Nachlässigkeit in der Handhabung des wirtschaftlichen Instrumentariums und macht über kurz oder lang auch die früheren Nutznießer zu ihren Opfern. Die staatlichen Gewalten in unserem Lande haben dies zwar erkannt, leider aber so spät, daß wirksame Abhilfe nur schwerlich und mit geringer Aussicht auf Erfolg möglich ist.

Inzwischen haben auch die Gewerkschaften erkannt, daß Inflationsbekämpfung keine „Panikmache“ der Opposition ist, sondern zu den sozialpolitischen Forderungen aller Vernünftigen gehört. In seinem Nachrichtendienst vom 26. 2. 1973 bestätigt nun auch der DGB unsere alte Feststellung, daß nach Abzug von Steuern, Sozialbeiträgen und Preissteigerungen bei den angestrebten Lohn- und Gehaltssteigerungen gemäß Regierungsprojektion nur noch eine reale Kaufkraftsteigerung bei Löhnen

und Gehältern zwischen 1 % und 1/2 % übrigbleibt. Die Zeche zahlt weiterhin der kleine Mann. Es gibt Annahmen genug, daß der Großverdiener ungeschoren aus diesen Inflationsjahren davonkommt. Hinzu kommt, daß neben dem massiven Kaufkraftverlust nun erneut dem autofahrenden Arbeitnehmer eine weitere unglaubliche Bürde aufgetragen wird. Die Erhöhung der Mineralölsteuer belastet die Masse der Arbeitnehmer – und sie sind fast alle Autofahrer – in mindestens der gleichen Höhe auf ihr Durchschnittseinkommen bezogen, wie diejenigen, die zur sogenannten Stabilitätsabgabe herangezogen werden sollen.

Regierung und SPD müssen sich fragen lassen, was denn nun so besonders sozial an ihren Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation sein soll. Die Regierung ist verantwortlich für den Inflationsverlust, den wir alle erleiden, und sie ist auch verantwortlich für die soziale Schiefelage, die bei ihren Maßnahmen festzustellen ist. Arbeitnehmerfreundlich und sozial jedenfalls kann man diese Politik nicht nennen.

Adolf Müller, MdB

Bekanntnis zum Klassenkampf

Die vorliegende Auswertung faßt die für die politische Auseinandersetzung relevanten Aussagen des Jungsozialistenkongresses vom 9.–11. März 1973 in Bonn-Bad Godesberg zusammen. Bei den Zitaten handelt es sich – soweit nicht anders angegeben – um Auszüge aus den Beschlüssen.

Verhältnis zur SPD

Bei den Jungsozialisten ist unbestritten, daß von ihrer Seite aus keine Spaltungstendenzen in die SPD gebracht werden. Die Jusos sind davon überzeugt, daß sie ihre Ideen innerhalb der SPD durchsetzen müssen, um die Chance zu haben, die Wirklichkeit zu verändern. Spaltungen innerhalb der SPD scheinen z.Z. deshalb nur dann denkbar, wenn entweder die Partei eine klare Abgrenzung nach links durchsetzt oder der rechte Flügel der Partei sich absondert.

Vergesellschaftung der Produktionsmittel

Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel wurde auf dem Bundeskongreß nicht mehr diskutiert, da sie für die Jungsozialisten selbstverständlich ist. Lediglich in Beschlüssen zu anderen Themen wird auf dieses Ziel hingewiesen.

Sozialismus in ganz Westeuropa

Deutlicher als bei früheren Kongressen haben die Jungsozialisten die Auffassung vertreten, daß insbesondere durch die Wirtschaftsverflechtung innerhalb der Europäischen Gemeinschaften die Systemveränderung im wirtschaftlichen Bereich nur dann Erfolg haben kann, wenn sie nicht im nationalen, sondern mindestens im westeuropäischen Raum durchgesetzt werden kann.

„Im einzelnen muß eine solche Strategie in der BRD von folgenden Voraussetzungen ausgehen:

- daß die Probleme nur durch einen gemeinsamen Kampf zur Veränderung der Machtverhältnisse zumindest auf westeuropäischer Ebene grundlegend gelöst werden können ...“

Klassenkampf als Mittel zur Systemüberwindung

Auf Grund ihrer Doppelstrategie glauben die Jusos, daß es nicht ausreicht, die Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel politisch innerhalb der SPD durchzusetzen. Sie sind vielmehr der Auffassung, daß gleichzeitig eine Mobilisierung und Politisierung der Arbeiter erfolgen

muß, die durch Klassenkampf die Einführung des Sozialismus erzwingen helfen.

„Sowohl der ‚freizügige‘ Kapitalismus im EWG-Europa als auch der faschistische Kapitalismus in Südeuropa kann nur durch eine politische bewußte europäische Arbeiterschaft überwunden werden, die sich eine klassenkämpferische Organisation aufbaut. Der Kampf kann nur auf der Grundlage einer international erarbeiteten antiimperialistischen Strategie geführt werden. Diese gemeinsame Strategie der sozialistischen Organisationen in Westeuropa muß mit den revolutionären Kämpfen in den europäischen Randländern verbunden werden, in engem Kontakt mit den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt stehen und diese in ihrer Arbeit unterstützen.“

Bei der Überarbeitung des Langzeitprogramms der SPD soll folgende Fragestellung vorrangig behandelt werden:

„Welche Konflikte zwischen den Klassen werden bei der Verwirklichung sozialistischer Entscheidungsprozesse entstehen?“

Dem Beschluß über die Gastarbeiter geht eine ausführliche theoretische Darstellung der Funktion der Gastarbeiter im kapitalistischen Wirtschaftssystem voraus. Es wird dabei die Forderung formuliert, daß alle Maßnahmen für die Gastarbeiter unter dem Aspekt zu sehen sind, daß diese für den Klassenkampf erhalten bzw. mobilisiert werden müssen.

„Eine sozialistische Strategie auch im Interesse der zur Auswanderung gezwungenen Arbeiter darf nicht ihre Anpassung in das Gesellschaftssystem zum Ziel haben, das gerade die Ursache für ihre Lage ist. Sozialisten müssen gerade, um die Voraussetzungen für den Aufbau einer menschenwürdigen Gesellschaft zu schaffen, neben der Forderung nach sozialer und rechtlicher Gleichstellung aller Lohnabhängigen und nach einer Verbesserung ihrer gemeinsamen Lebensverhältnisse auch die Forderung erheben, daß in gemeinsamen Aktionen deutscher und ausländischer Arbeiter gegen das westeuropäische Kapital gekämpft wird.“

Methoden des Klassenkampfes

Die Jungsozialisten halten für die Durchsetzung des Sozialismus nicht nur eine evolutionäre, sondern auch eine revolutionäre Entwicklung für möglich.

„In den Abwanderungsländern wird durch die staatlich geförderte Auswanderung arbeitsloser und notleidender Arbeiter und Bauern eine möglicherweise revolutionäre Gefahr für die bestehende Herrschaft der ausbeutenden Klassen beseitigt und die Aufrechterhaltung von Ausbeutung und Unterdrückung erleichtert.“

■ Jungsozialisten

„Die Rückkehrer verstehen sich als ‚Kleinkapitalisten‘, die durch eigene Anstrengung eine Notsituation überwinden konnten. Die Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes der Bevölkerung gegen die Ursachen der schlechten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung wird dadurch verschleiert. Politisch bilden die zurückgekehrten und vorübergehend ‚reich‘ gewordenen Auswanderer oft gerade die Grundlage zur Aufrechterhaltung der bestehenden Wirtschafts- und Herrschaftsverhältnisse, weil sich die Rückkehrer nicht mehr zur Arbeiterklasse zugehörig fühlen und sich als neuer ‚Mittelstand‘ verstehen. Gleichzeitig haben sie Angst, den mühsam erreichten Besitz und die gesellschaftliche Stellung über einer Schicht noch ärmerer Bevölkerung durch eine revolutionäre Bewegung wieder zu verlieren.“

Auch in anderen Beschlüssen zeigt sich, daß die Jungsozialisten Gewaltanwendung nicht ausschließen. So bei der Unterstützung des Freiheitskampfes gegen die portugiesischen Kolonien und bei der Verteidigung der palästinensischen Organisationen GUPA und GUPS.

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, schon heute jene afrikanische Staaten massiv zu unterstützen, die ihrerseits unter großen materiellen Opfern und unter Erduldung politischer Pressionen den Freiheitskampf in den portugiesischen Kolonien unterstützen (drastischstes Beispiel: Sambia).“

„Weiterhin fordert der Bundeskongreß die Bundesregierung auf, das Verbot der gewerkschaftlichen Organisation der palästinensischen Arbeiter und Studenten GUPA und GUPS wieder aufzuheben, um die willkürliche Kriminalisierung und Ausweisung arabischer Bürger zu verhindern, die sich zur Wahrung ihrer Rechte in der BRD gewerkschaftlich zusammengeschlossen haben.“

Aus dieser Einstellung heraus, widerstrebt den Jungsozialisten jede Maßnahme zur Gewährleistung der inneren Sicherheit:

„Die innenpolitische Komponente von Sicherheitspolitik in der BRD erhält beispielhaft eine restaurative Funktion der Verteidigungspolitik, die ähnlich auch in anderen Staaten zu beobachten ist. Das Programm der Notstandsgesetze, Ministerpräsidentenbeschuß... Gesetze zur inneren Sicherheit etc. ist ja z. B. ein Programm der Einschränkung demokratischer Rechte.“

„Um eine Beteiligung der ausländischen Arbeiter am politischen Kampf um eine Besserstellung zu ermöglichen, müssen die Organisationen der Arbeiterschaft, die Gewerkschaften und die SPD dafür eintreten, daß die gesetzlichen Beschränkungen aufgehoben werden, die bei einer politischen Arbeit von Ausländern jederzeit ihre Abschiebung ermöglichen und eine Verunsicherung der Ausländer beabsichtigen. Zentral Forderung muß die Aufhebung des Ausländergesetzes von 1965 sein.“

„Sollte sich eine Aufhebung der Vereinbarung vom 28. 1. 1972 durch einen gemeinsamen Beschluß der Regierungschefs gegenwärtig nicht durchsetzen lassen, werden der Bundeskanzler und die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten aufgefordert, für ihren Verantwortungsbereich den Rücktritt von jener Vereinbarung zu erklären.“

„Sollten die Ministerpräsidentenbeschlüsse zugunsten einer Anwendung des jetzigen Beamtenrechts zurückgenommen werden, werden die Jungsozialisten ihre ganze Aufmerksamkeit der Tätigkeit des Verfassungsschutzes in diesem Bereich widmen, damit sich nicht nur die Willenserklärungen der Ministerpräsidenten, sondern vor allem die konkrete Einstellungspraxis der Staatsbürokratie ändert.“

Die Jungsozialisten halten bei der Einführung des Sozialismus eine Änderung der Staatsstruktur ebenfalls für notwendig. Für die Überarbeitung des Langzeitprogramms der SPD wird deshalb folgende Frage gestellt:

„Welche Rolle spielt der Staat unter den gegebenen Bedingungen des kapitalistischen Systems bei Entscheidungen

über Ziel und Zweck der Verwendung von Arbeit und welche Veränderungen seiner Struktur erfordert die Einführung sozialistischer Inhalte und Formen von Entscheidungsprozessen?“

Verbündete im Klassenkampf

Für die Jungsozialisten tritt der Gegensatz Demokraten – Antidemokraten völlig hinter den Gegensatz Sozialisten – Antisozialisten bzw. Kapitalisten zurück. Folgerichtig sind sie für eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten. Dies wird wegen des Unvereinbarkeitsbeschlusses der SPD im Bereich der Bundesrepublik verklausuliert, bei der internationalen Zusammenarbeit offen gefordert.

„Immer wieder wird versucht, diese positive Entwicklung (d. h. der Zusammenarbeit mit der SPD) zu unterlaufen. Haupthebel dabei sind die Antikommunismusbeschlüsse von München, die beispielsweise beim SHB ebenso verwendet wurden, wie bei einer Anzahl von Versuchen, notwendige Aktionen der Jungsozialisten zu stören oder zu unterbinden. Der Bundesvorstand der Jungsozialisten hat bei allen diesen Versuchen den Beschluß des Bundesausschusses vom November 1970 in Berlin angewendet und hat in keiner Frage dem Druck von Organen der SPD nachgegeben.“

(Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes)

„Die Jungsozialisten bekräftigen deshalb ihren auf dem Bremer Bundeskongreß gefaßten Beschluß zum ‚westeuropäischen Kapitalismus‘, in Zukunft verstärkt mit den französischen Sozialisten und Kommunisten und ihren Jugendorganisationen bilateral und bei gemeinsamen internationalen Initiativen zusammenzuarbeiten.“

Einseitige Ost-West-Sicht

a) In mehreren Beschlüssen verurteilten die Jungsozialisten die ‚demokratischen und faschistischen Regime in Griechenland, Spanien, Portugal und der Türkei‘. Kein Wort wird zu den kommunistischen Diktaturen gesagt.)

b) Selbst im Beschluß über die humanitäre Hilfe für Vietnam werden nur die Organisationen des Roten Kreuzes von Nord-Vietnam und der FNL als Partner erwähnt.

c) Dem Wohlwollen gegenüber dem Osten steht eine scharfe Ablehnung der USA und der NATO gegenüber.

d) Neben dem Austritt aus der NATO wird eine Verringerung der Verteidigungsanstrengungen der Bundesrepublik Deutschland verlangt.

„Die Konsequenz aus den Verträgen mit der SU, der VR Polen und der DDR ist die Senkung der Rüstungs- und Sicherheitsausgaben und die Verwendung der freiwerdenden Mittel in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales. In diesem Zusammenhang ist zu fordern, daß die Bundesregierung den für dieses Jahr zur Erneuerung anstehenden Vertrag über die Devisenausgleichszahlung zwischen BRD und USA nicht unterzeichnet.“

Zusätzlich wurde beschlossen, die Devisenausgleichszahlungen und Ausgaben für die Stationierung ausländischer Streitkräfte innerhalb der Bundesrepublik Deutschland soll sofort eingestellt werden.

Kraske: Kontakte und Informationen verstärken

In einem Interview mit „Union in Deutschland“ erläutert der Generalsekretär der CDU, Dr. Konrad Kraske, wie sich die Partei auch außerhalb der Wahlkämpfe draußen im Lande als eine politische Gemeinschaft darzustellen und zu bewähren gedenkt, die überall im Alltag für Freiheit und soziale Gerechtigkeit eintritt.

Frage: *Herr Dr. Kraske, nach dem Willen der Führungsgremien sollen die CDU-Mitglieder vor dem Hamburger Parteitag wichtige politische Sachfragen diskutieren und ihre Meinungen dazu der Partei zur Kenntnis bringen. Um welche Sachfragen handelt es sich dabei vorrangig? Und wie kann ein CDU-Mitglied sich wirkungsvoll in die Diskussion einschalten?*

Antwort: Partei und Fraktion haben übereinstimmend die Bildung von 10 Kommissionen beschlossen, deren Konstituierung inzwischen erfolgt ist oder aber unmittelbar bevorsteht. Die Thematik dieser Kommissionen reicht von der Steuerpolitik bis zur Frage der sozialen Dienste und von der Medien- bis zur Jugendpolitik. Es geht also um eine Vielzahl von wichtigen und aktuellen Sachbereichen, in denen die Aussagen unseres Berliner Programms konkretisiert oder neu überdacht werden müssen. Selbstverständlich wird der Bundesparteitag in Hamburg nicht alle hier anhängigen Themen erörtern können, zumal manche Entscheidungen eher in die Fraktion als in die Partei gehören, weil – wie im Falle der Steuerpolitik oder im Falle des Familienlastenausgleichs – bereits ein früherer Parteitag den prinzipiellen Rahmen abgesteckt hat, und es nun nur noch um dessen Ausfüllung im Detail geht.

Für eine gründliche Erörterung in der Partei und für eine nachfolgende Entscheidung auf einem Bundesparteitag scheinen mir insbesondere die Themen Bodenrecht, berufliche Bildung und Mitbestimmung im Vordergrund zu stehen. Die Kommission für das Thema Bodenrecht und das Thema berufliche Bildung sind inzwischen an die Arbeit gegangen. Ich hoffe, daß sie dem Bundesvorstand bis Ende Mai ihre Ergebnisse vorlegen können. Wenn es möglich ist, diese Ergebnisse in gleicher oder in veränderter Form dann durch den Bundesvorstand verabschieden zu lassen, hätte die Partei von Anfang Juni bis Mitte Sep-

tember Zeit, ausgiebig über diese beiden Papiere zu diskutieren, und die Kreisverbände könnten abweichende oder ergänzende Anträge an den Parteitag stellen, so wie wir dies vor der Verabschiedung des Berliner Programms mit so großem Erfolg praktiziert haben.

Der Zeitplan beim Thema Mitbestimmung ist demgegenüber noch ganz offen. Es gibt viele gute Gründe, auf eine Behandlung der Mitbestimmungsfrage schon auf dem Hamburger Herbstparteitag zu drängen. Andererseits stellt sich die Frage, ob dieser Parteitag, in dessen Mittelpunkt wichtige Personalentscheidungen stehen, auf dem außerdem ein weiterer Bericht unserer Grundsatzkommission behandelt werden soll, nicht überfordert wäre, wenn er auch noch eine Mitbestimmungsdiskussion führen sollte.

Die Tagesordnung des Bundesparteitages ist also noch nicht festgelegt; das hat sich der Bundesvorstand für seine Sitzung Ende Mai vorbehalten. Es ist aber mit Sicherheit anzunehmen, daß der Partei für die Sommermonate eine Fülle von Diskussionsstoff angeboten wird. Dabei kann sich selbstverständlich jedes Mitglied in seinem Kreis- und Ortsverband in die Diskussion einschalten. Die Erfahrungen vor dem Berliner und vor dem Düsseldorfer Parteitag haben gezeigt, welche Möglichkeiten sich in einem solchen offenen und breit angelegten Diskussionsprozeß für die Aktivität und die Initiative unserer Mitglieder bieten.

Frage: *Haben Sie nicht die Sorge, das Berliner Programm in der Düsseldorfer Fassung, das ja nach etlichen Erklärungen führender CDU-Politiker nach wie vor gültig ist, könnte durch eine solche Diskussion unterlaufen werden?*

Antwort: Das Berliner Programm ist in seiner 2., vom Düsseldorfer Parteitag verabschiedeten Fassung in der Tat ebenso wie unser in Wiesbaden

verkündetes Programm für diese Legislaturperiode die Richtschnur unserer Politik. Deswegen besteht kein Anlaß, in eine allgemeine, ganz breit angelegte Programmdiskussion einzutreten. Das schließt aber auf der anderen Seite nicht aus, daß wir die Aussagen unseres Programms zu Einzelfragen jederzeit kritisch und vorurteilsfrei zu überprüfen haben, daß wir dabei insbesondere neue Erkenntnisse oder eine veränderte Sachlage berücksichtigen müssen. Dies gilt, um es ganz offen zu sagen, etwa für die Entscheidung des Düsseldorf-Parteitags über das 7:5-Modell in der Mitbestimmung. Solange kein neuer Parteitagsschluß vorliegt, sind wir alle an dieses Modell gebunden. Dies darf aber niemanden daran hindern, kritisch darüber nachzudenken, ob wir in Düsseldorf wirklich eine ausreichende und aktuelle Antwort auf die Probleme von heute gegeben haben, und ob diese Antwort auch ausreicht, um die Probleme zu lösen, die sich in der zweiten Hälfte der 70er oder in den 80er Jahren stellen.

Darüber hinaus gibt es Abschnitte im Berliner Programm — hier denke ich zum Beispiel an die Frage des Bodenrechts —, wo wir mit unseren Beschlüssen noch nicht so konkret geworden sind, wie dies bei der Bedeutung des Themas nötig ist. Man kann also sehr wohl von einem geltenden Programm ausgehen, das insgesamt nicht in Frage steht, und gleichwohl punktuell in wichtigen Einzelfragen in eine neue Diskussion eintreten.

Frage: *Trotz der verlorenen Wahl ist die CDU eigentlich recht engagiert und mobilisiert aus der Schlacht herausgekommen. Im Dezember 1972 wurde — mit 12 000 Neuzugängen — ein Rekord im Mitgliederwachstum erzielt. Was ist Ihrer Meinung nach zu tun, um die Bereitschaft der CDU-Mitglieder zur Mitarbeit jetzt nicht abebben zu lassen?*

Antwort: Der erfreuliche Mitgliederzuwachs vor der Wahl, während des Wahlkampfes und insbesondere seit dem 19. November ist ein ermutigendes Zeichen dafür, daß wir mit unserer Arbeit auf dem richtigen Weg sind. Nun kommt es darauf an, daß wir unseren neuen Mitgliedern von Anfang an zeigen, daß sie dazugehören. Ich habe den Eindruck, daß wir in manchen Fällen bei der Aufnahme neuer Mitglieder und bei ihrer Betreuung in den ersten Wochen immer noch etwas zu routiniert vorgehen.

Die zweite Aufgabe liegt darin, daß wir in allen Kreis- und Ortsverbänden eine lebendige Diskussion führen. Welchen Beitrag die Bundespartei dazu leistet, habe ich eben dargestellt. Unsere Kreisparteien dürfen sich aber sicherlich nicht darauf beschränken, auf Diskussionsvorlagen aus der Bundespartei zu warten. Vielmehr muß es mehr

als in der Vergangenheit zur Selbstverständlichkeit werden, daß auch die wichtigsten Fragen der Landes- und der Kommunalpolitik in eine systematische Diskussion in der Mitgliedschaft einbezogen werden.

Schließlich meine ich, daß wir zu einem neuen Rollenverständnis der Mitgliedschaft in einer politischen Partei kommen müssen, jedenfalls für die Mitgliedschaft in der Union. Man hat früher die Aufgaben von Parteimitgliedern im wesentlichen darin gesehen, daß sie den Diskussions- und Entscheidungsprozeß innerhalb der Partei mit beeinflussen und mittragen. Ich zweifle daran, daß dies der Situation der 70er Jahre voll Rechnung trägt.

Wenn sich die CDU als die freiheitliche und soziale Volkspartei unseres Landes durchsetzen und das Vertrauen einer Mehrheit gewinnen will, dann muß sie sich auch außerhalb von Wahlkämpfen draußen im Lande als eine politische Gemeinschaft darstellen und bewähren, die überall im Alltag für Freiheit und soziale Gerechtigkeit eintritt. Und ich meine, daß unsere Mitglieder, unsere Ortsverbände, aber auch unsere Vereinigungen, etwa die Junge Union oder die Frauenvereinigung oder die Sozialausschüsse, vielfältige Möglichkeiten haben, ein Beispiel für mitbürgerliche Verantwortung und Solidarität gerade gegenüber den Schwachen und den Randgruppen in unserer Gesellschaft zu geben und dadurch für die Union zu werben.

Frage: *Sehen Sie Chancen für die CDU, sich auch jenen Gruppen wählbar zu machen, die im letzten Herbst zu größeren Teilen die andere Seite gewählt haben — etwa die junge Generation, die Arbeitnehmerschaft und Frauen?*

Antwort: Ich bin hier durchaus zuversichtlich. Eine Partei, die 45 % der Wähler für sich gewonnen hat, wird es auch wieder schaffen, eine Mehrheit zu gewinnen. Die drei von Ihnen genannten Gruppen, die nach dem Ergebnis aller Wahlanalysen sicher besonders wichtige Zielgruppen für unsere Arbeit sind, werden in dem Maße für uns ansprechbar sein, in dem wir sie durch eine offene Programmdiskussion überzeugen und in dem wir uns mit unserer Arbeit draußen im Land für alle Gruppen unserer Bevölkerung stärker als bisher öffnen.

Frage: *Die Partei hat — etwa über das „Deutsche Monatsblatt“ — einen Zugang zu allen ihren Mitgliedern, der freilich schon dadurch begrenzt ist, daß er nur einmal in vier Wochen offen ist. Was ihre Partei plant und denkt, erfahren CDU-Mitglieder, wenn sie nicht jede Gelegenheit zu Versammlungsbesuchen nutzen, in der Regel aus der*

■ Bundespartei

Zeitung oder über die Massenmedien Hörfunk und Fernsehen. Ist dieses Bild von der CDU, das da täglich gezeichnet wird, das richtige Bild? Anders gefragt: Was braucht ein Parteimitglied an Kontakten und Informationen, wenn es sich die richtige Vorstellung von der eigenen Partei machen und nicht ständigen Fehlbeurteilungen aufsitzen will?

Antwort: Abgesehen davon, daß die Objektivität der Massenmedien Rundfunk und Fernsehen gegenüber den Unionsparteien nicht immer und nicht überall gegeben ist, geht es ja an erster Stelle um die Information über die CDU überhaupt. Und die ist durch die allgemeinen Massenmedien sicher nicht ausreichend.

Daher müssen wir der Frage nachgehen, wie wir von uns aus den Informationsstand unserer Parteimitglieder verbessern können. Es wird sicher schon aus finanziellen Gründen in absehbarer Zeit nicht möglich sein, jedem unserer mehr als 400 000 Mit-

glieder über das „Deutsche Monatsblatt“ hinaus kostenlos eine laufende Information zukommen zu lassen. **Wir sollten aber prüfen, wie weit wir unseren wöchentlichen Informationsdienst „Union in Deutschland“ zum bezahlten Abonnement freigeben.** „Union in Deutschland“ wird immer ein unerläßliches Hilfsmittel für unsere Mandatsträger, für unsere Geschäftsführer, für unsere Kreisvorstände, das heißt für alle diejenigen sein, die in der aktiven Arbeit für die Union stehen. Dieser Kreis, der etwa der heutigen Auflage von rund 30 000 entspricht, sollte auch weiterhin kostenlos mit „Union in Deutschland“ beliefert werden. **Das braucht aber nicht auszuschließen, daß auch weitere Mitglieder gegen Erstattung des Selbstkostenpreises wöchentlich „Union in Deutschland“ beziehen können.**

Nur wer ausreichend informiert ist, kann bei den schwierigen Sachfragen unserer Zeit kompetent mitreden und mitentscheiden.

■ Informationen

Verantwortung für den Geldwert

An mehreren Stellen werde der Versuch spürbar, die Verantwortung der Wirtschaftspolitik für den Geldwert herunterzuspielen. Diese Feststellung trifft die „Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Sparer“ in ihrer Kritik am Jahreswirtschaftsbericht 1973 der Bundesregierung. So heiße es etwa, der Staat könne den Wirtschaftsablauf „nur indirekt durch eine Veränderung der globalen Rahmenbedingungen“ beeinflussen und „der Handlungsspielraum der nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik sei zusätzlich durch die fortgeschrittene internationale Verflechtung eingeengt“.

Dazu sei zu sagen, daß die Globalbesteuerung durchaus in der Lage sei, das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht herzustellen, wenn sie nur mit der nö-

tigen Konsequenz betrieben werde. Alle ausländischen wie eigene Erfahrungen zeigten, daß eine straffe Konjunkturpolitik durch Zureden nicht zu ersetzen sei. Für die Wirtschaftspolitik bleibe daher kein anderer Weg, als ihre Instrumente konsequent zum Einsatz zu bringen, auch wenn dies bisweilen unpopulär zu sein scheine.

Stimmen-Splitting in großem Umfang

Die SPD beschäftigt sich gegenwärtig im Hinblick auf ihr Verhältnis zur FDP mit den Auswirkungen des bei der Bundestagswahl praktizierten Stimmen-Splittings. In dem vom Parteivorstand zur Information der SPD-Führungskräfte herausgegebenen Rundbrief „intern“ wird festgestellt, daß in Baden-Württemberg etwa 53 Prozent der FDP-Wähler ihre Erststimme der SPD gegeben hätten, die FDP

habe rund zwölf Prozent der Zweitstimmen der SPD-Wähler erhalten.

Linke planen nationale Organisation

Die Gruppen der „Neuen Linken“ in der Bundesrepublik wollen jetzt eine „einheitliche nationale Organisation“ gründen und den „Wiederaufbau der KPD vortreiben“, die als verfassungsfreundlich verboten ist. Dies geht aus einem in Bonn bekanntgewordenen vertraulichen Lagebericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz hervor.

In dem Bericht heißt es, die Gruppen der Linken seien übereingekommen, daß es notwendig sei, die bisherige Zersplitterung der kommunistischen Bewegung in der Bundesrepublik zu überwinden, wenn sie weiter Boden gewinnen sollten. Ein erster „Vereinigungskongreß“ soll Mitte März in Göttingen stattfinden.

Ein übler Trick nach der Wahl

Die Rentner an der Nase herumgeführt

Ausgerechnet die Rentner, die im Bundestagswahlkampf von der SPD-FDP-Propaganda als Kronzeugen für die Regierungspolitik mißbraucht worden sind, sollen jetzt auch noch die Zeche bezahlen.

Was ist passiert?

Am 21. September 1972 stimmten SPD und FDP im Deutschen Bundestag den von der CDU/CSU entwickelten Vorstellungen zur Rentenreform zu. Einstimmig! Es gab nur eine einzige Enthaltung, keine Neinstimme.

Diese Rentenreform der CDU/CSU steckte sich Bundesarbeitsminister Arendt, SPD, an den Hut und ließ sich als „Vater der Rentenreform“ feiern. Im Wahlkampf zogen SPD-Redner durchs Land und priesen die Rentenreform als ihre größte soziale Tat.

Kaum aber war die Bundestagswahl vorüber, da bekamen die Rentner zu spüren, daß man sie an der Nase herumgeführt hatte. SPD und FDP beschlossen, das so hochgepriesene Reformwerk wieder rückgängig zu machen und ihr altes – schlechteres – Gesetz aus der Schublade hervorzukramen.

- Die flexible Altersgrenze wird dadurch zu einer unsozialen und bürokratischen Augenwischerei;
- die Rentenniveaueversicherungsklausel wird zu Lasten der Rentner verwässert. Damit wird eine Herabsetzung des Rentenniveaus ermöglicht.

Die Unionsparteien werden diesen Schwindel nicht mitmachen

Im Interesse der Rentner soll Klage beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe erhoben werden. Nach der Entscheidung des höchsten deutschen Gerichtes wird sich zeigen, ob die Rentner auf so infame Weise getäuscht und an der Nase herumgeführt werden dürfen.

CDU

Rainer Barzel: Ernüchternde Beschlüsse gefährden Europäische Gemeinschaft

In den Beschlüssen der Finanzminister der Europäischen Gemeinschaft zur Überwindung der Währungs-
krise sieht der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestags-
fraktion, Dr. Rainer Barzel, die große Gefahr, daß die
Aufspaltung der EWG in zwei Währungsgruppen mit
unterschiedlichen Beziehungen zu den Drittländern den
Warenaustausch innerhalb der Gemeinschaft und den
gemeinsamen Agrarmarkt erheblich behindert. Barzel
nennt die Beschlüsse „ernüchternd“.

Die Beschlüsse der Finanz-
minister der Europäischen
Gemeinschaft zur Überwindung
der Währungskrise sind ernüch-

Erfolg für die Demokratie

Im Konrad-Adenauer-Haus in
Bonn fand am 12. März unter
der Leitung des Parteivorsit-
zenden, Dr. Rainer Barzel,
eine Sitzung des CDU-Präsi-
diums statt. Dr. Barzel gab
dem Führungsgremium seiner
Partei einen ausführlichen Be-
richt zur politischen Lage.

Das Präsidium der CDU
nahm mit großer Genugtuung
zur Kenntnis, daß der von So-
zialisten und Kommunisten
unternommene Versuch, in
Frankreich eine Volksfront zu
begründen, gescheitert ist.
Der Wahlsieg der nichtsozia-
listischen Kräfte in Frankreich
muß als ein Erfolg für die De-
mokratie und für Europa ge-
wertet werden (vgl. auch
Seite 3: Schluß mit der Leise-
treterei!).

ternd. Von einer Europäischen
Wirtschafts- und Währungsunion
sind wir so weit entfernt wie eh
und je. Es besteht die große
Gefahr, daß die Aufspaltung der
EWG in zwei Währungsgruppen

mit unterschiedlichen Beziehun-
gen zu den Drittländern den
Warenaustausch innerhalb der
Gemeinschaft und den gemein-
samen Agrarmarkt erheblich be-
hindert. Ob die Vereinbarungen,
die deutliche Züge eines mühe-
vollen Kompromisses zu einer
problematischen Teillösung tra-
gen, wenigstens geeignet sind,
dem Kampf gegen die Inflation

neue Impulse zu geben, muß
leider bezweifelt werden.

Über die unvollkommene Zwi-
schenlösung von Brüssel wird
erst am kommenden Freitag auf
der Konferenz des erweiterten
Zehner-Clubs in Paris das letzte
Wort gesprochen. Fest steht, daß
durch die bisher gefundenen
Scheinlösungen die Rückschläge
nur mühsam verdeckt werden,
die die wiederholten Währungs-
krisen für den Zusammenhalt
der Europäischen Gemeinschaft
und der freien Welt bedeuten.
Deshalb müssen die Partnerlän-
der alles daransetzen, den Aus-
bau der Europäischen Gemein-
schaft zur Wirtschafts- und
Währungsunion konkret voranzu-
treiben und die Beziehungen
zwischen Europa und den USA
durch intensive Zusammenarbeit
zu stärken. Zu lange hat die
Bundesregierung einer gefäh-
rlichen Selbsttäuschung über den
Stand des europäischen Ausein-
anderlebens Vorschub geleistet.

Kohl begrüßt Arbeitspapier der Gemeinsamen Synode

Mit den Aufgaben der Kirche in Staat und Gesellschaft
setzt sich ein Arbeitspapier der Gemeinsamen Synode
der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland aus-
einander. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der
CDU und Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Dr. Hel-
mut Kohl, nennt dieses Papier im folgenden Beitrag
„einen wichtigen Beitrag zur Klärung des Anspruchs des
Christen an die Politik.“

Die Gemeinsame Synode der
Bistümer in der Bundes-
republik Deutschland hat vor kur-
zem ein „Arbeitspapier“ ihrer
Sachkommission V vorgelegt, das
sich mit den „Aufgaben der
Kirche im Staat und Gesellschaft“
befaßt. In einer sorgfältigen und
ausführlichen Analyse beschäftigt
sich das Papier u. a. mit dem
politischen Auftrag der Kirche
und des Christen, dem Verhältnis

von Kirche, Staat und Gesell-
schaft sowie dem Verhältnis der
Kirche und der Christen zu den
politischen Parteien.

Für die CDU stellt dieses Ar-
beitspapier einen wichtigen Bei-
trag dar zur Klärung des An-
spruchs des Christen an die Poli-
tik. Wie die Sachkommission der
Gemeinsamen Synode ist auch

(Fortsetzung auf Seite 20)

Das Parteienprivileg steht der DKP nicht zu

Am 21. Januar 1972 hatten die Ministerpräsidenten der Bundesländer einen Beschluß gefaßt, nach dem Extremisten von links und rechts im Rahmen des geltenden Rechts der Eintritt in den öffentlichen Dienst verweigert werden soll. Wie der Vorsitzende des innen- und rechtspolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Vogel, vor wenigen Tagen feststellte, lasse sich immer stärker eine Tendenz erkennen, diesen Beschluß nach außen mit demokratischen, freiheitlichen und rechtsstaatlichen Argumenten zu unterlaufen. Vieles spricht dafür, so stellt der Abgeordnete Vogel fest, daß es in Wirklichkeit darum gehe, den

in der DKP und den ihr angeschlossenen Verbänden wie SDAJ und MSB-Spartakus organisierten Kommunisten den Weg für eine unbeeinträchtigte Teilhabe am politischen und staatlichen Leben in der Bundesrepublik Deutschland freizukämpfen. Vogel erklärte weiter in diesem Zusammenhang:

Es sind fast ausschließlich Fälle, in denen die Einstellung von DKP-Mitgliedern in den öffentlichen Dienst abgelehnt worden ist, die öffentlich erhobene, nachdrücklich unterstützte Proteste ausgelöst haben. Mehr und mehr machen sich Sozialdemokraten und Freie Demokraten zu Wortführern der Agitation gegen

(Fortsetzung von Seite 19)

sie der Auffassung, daß aus dem Christentum keine „Rezepte“ für die aktuelle Politik abgeleitet werden können, daß aber Politiker, die das Wagnis unternehmen, Politik aus christlicher Verantwortung zu betreiben, an den Normen christlicher Ethik gemessen werden müssen. Die CDU verstand sich niemals als eine ideologisch verfaßte Partei. Deshalb ist sie in besonderer Weise in der Lage, einerseits den Ausschließlichkeitsanspruch politischer Ersatzreligionen energisch zurückzuweisen und andererseits den Kirchen den nötigen politischen und sozialen Raum freizuhalten sowie ihr Wirken zu fördern.

Von ihrem Verständnis des „C“ her weiß die CDU, daß menschliches Wissen, Erkennen und Handeln fehlbar sind. Dies erfordert einen Problemlösungsstil für die Politik, der gekennzeichnet ist durch Kritik, Offenheit und Sachverstand: dies ist

nicht nur kein Hindernis, sondern gerade Voraussetzung für die Realisierung christlicher Prinzipien in unserer Zeit.

Die CDU begrüßt den Hinweis der Kommission, daß auch unter veränderten Bedingungen die wechselseitige Verbindung zwischen Kirche und CDU nicht verloren geht. Ebenso stimmt sie der Auffassung zu, daß den Kirchen auch die Kritik an einer „ganzen Partei“ möglich sein muß. In ihrem Aufruf gegen eine „zerstörerische Polarisierung im politischen Meinungskampf“ sowie für „parteiliches Engagement“ und Übernahme von öffentlicher Verantwortung weiß sich die CDU mit der Kommission einig.

Es ist zu hoffen und zu wünschen, daß dieses Arbeitspapier der Synode auf breiter Ebene diskutiert wird, vor allem in der CDU/CSU, die seit ihrer Gründung ein selbstverständlich freundschaftliches Verhältnis zu den Kirchen hatte und hat.

den Beschluß der Ministerpräsidenten. Beschlüsse auf regionalen Parteitage der SPD, eine gemeinsame Erklärung von 18 Bundestagsabgeordneten der SPD und FDP sowie Äußerungen des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, und neuerdings des schleswig-holsteinischen Landesvorsitzenden der FDP, des Bundestagsabgeordneten Ronneburger, kennzeichnen die schizophrene Situation in den beiden Koalitionsparteien. Auf der einen Seite wird unter dem Vorsitz des SPD-Bundeskanzlers Willy Brandt ein klares Bekenntnis zur kämpferischen Demokratie abgelegt, die sich ihrer Feinde zu erwehren weiß. Erst kürzlich hat sich Bundesinnenminister Genscher in der Fragestunde des Bundestages namens der Bundesregierung ohne Wenn und Aber zum Extremisten-Beschluß der Ministerpräsidenten bekannt. Auf der anderen Seite wird einer Politik der Leisetreterei gegenüber den Kommunisten das Wort geredet, die diesen eine gleichberechtigte Mitwirkungsrolle in unserer demokratischen Ordnung zuzubilligen bereit ist.

Kein Freiheits-Risiko zugunsten der Koexistenz

Es hat überhaupt nichts mit sterilem Antikommunismus zu tun, wenn besorgte Demokraten in diesem Lande der Auffassung sind, daß es nicht genügt, sich geistig und politisch mit den Kommunisten auseinanderzusetzen, so wichtig und vorrangig das auch ist, sondern daß die Kommunisten ebenfalls mit den Mitteln der durch das Recht gebundenen Macht weiterhin daran gehindert werden müssen, Hand an unsere freiheitliche Ordnung zu legen. Anders ist doch wohl das Bild von der „wehrhaften Demokratie“ nicht zu verstehen. Vor Experimenten mit unserer freiheitlichen Ordnung zugunsten der

Koexistenz und der Kooperation verschiedener Gesellschaftsordnungen kann nur gewarnt werden. Schon heute können wir eine schädliche Indifferenz in der Einschätzung der Gefährlichkeit des Kommunismus für die Freiheit feststellen.

Der Beschluß der Ministerpräsidenten vom 21. Januar 1972 ist erforderlich gewesen, weil die verantwortlichen Politiker sich offenbar dahin verständigt hatten, nicht auf dem Wege des Verbots gegen die DKP und ihre angeschlossenen Organisationen vorzugehen. Er hat kein neues Recht geschaffen, dieses auch gar nicht schaffen können, sondern lediglich die Entschlossenheit bekräftigt, das geltende Recht gegenüber den Verfassungsfeinden ohne Abstriche anzuwenden. Zu den geschickt angesetzten Verbalinjurien gegen den Beschluß der Ministerpräsidenten gehört es, wenn gleichwohl stereotyp von einem „Erlaß“ der Ministerpräsidenten gesprochen wird.

Wieweit die Verwirrung der Geister gediehen ist, zeigt sich daran, daß immer wieder fälschlicherweise das Parteienprivileg des Artikels 21 des Grundgesetzes zugunsten der DKP bemüht wird. Alle Erkenntnisse des Verfassungsschutzes haben klargemacht, daß die DKP nichts anderes als eine Ersatz- oder Nachfolgeorganisation der durch das Bundesverfassungsgericht verbotenen DKP ist. Leider scheut sich die Bundesregierung bis zum heutigen Tage, diese Erkenntnis klar beim Namen zu nennen. Der Bundesrichter Prof. Dr. Günther Willms hat kürzlich in einem beachtenswerten Aufsatz in der „Frankfurter Allgemeinen“ vom 28. Februar 1973 darauf hingewiesen, daß der Ersatz- oder Nachfolgeorganisation einer vom Bundesverfassungsgericht verbotenen Partei das Parteienprivileg des Artikels 21 des Grundgesetzes überhaupt nicht zusteht. Es

kann deshalb auch keine Rede davon sein, daß mit Rücksicht auf eben dieses Parteienprivileg Mitgliedern der DKP nicht wegen ihrer Mitgliedschaft die Einstellung in den öffentlichen Dienst versagt werden dürfe, so lange die DKP nicht vom Bundesverfassungsgericht verboten worden sei.

Nicht die Verweigerung der Einstellung von DKP-Mitgliedern in den öffentlichen Dienst ist verfassungswidrig, sondern der Versuch, auf kaltem Wege das vom Bundesverfassungsgericht ausgesprochene Verbot der KPD zu beseitigen. Man mag der Auffassung sein können, daß es politisch falsch gewesen ist, das Verbot der KPD herbeizuführen. Es dient aber nicht der Verfestigung rechtsstaatlicher Gesinnung, die rechtlichen Konsequenzen des erfolgten KPD-Verbots nach Möglichkeit zu ignorieren. Wer diese Konsequenzen nicht will, soll das offen sagen und verfassungskonforme, rechtstaatlich einwandfreie Wege aufzuzeigen, wie sie vermieden werden können. Dann braucht die Auseinandersetzung um die Teilhabe der DKP am politischen und staatlichen Leben in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr mit Verbiegungen und Verdrehungen im Nebel stattzufinden, sondern kann sie offen und ehrlich geführt werden.

SPD-MdB stellt sich vor die DKP

Zurückgewiesen wurde diese Stellungnahme des CDU/CSU-Abgeordneten Vogel ausgerechnet von dem SPD-Bundestagsmitglied Dürr. Wenn dieser allerdings sage, so erklärt Vogel, er habe noch nichts von der Anwendung des Ministerpräsidentenbeschlusses auf NPD-Mitglieder gehört, liege das an ihm und nicht daran, daß es eine derartige Anwendung nicht gegeben hätte: Tatsächlich hat es z. B. in Hamburg ein Disziplinarverfahren ge-

gen ein NPD-Mitglied und in Rheinland-Pfalz die Ablehnung eines NPD-Bewerbers gegeben. Der Hinweis, den Dürr auf den aus Baden-Württemberg vermeldeten Fall Kosiek bringt, verrät ein für einen Juristen erstaunlich unterentwickeltes Differenzierungsvermögen: Kosiek ist nicht „eingestellt“, sondern innerhalb des Dienstes versetzt worden. Der Abgeordnete Dürr vermag offenbar so wenig wie alle anderen Kritiker einen Fall einer Einstellung eines aktiven NPD-Mitgliedes in das Beamtenverhältnis zu nennen.

Im übrigen muß Herr Dürr sich sagen lassen, daß es keine Fehlinterpretation des Beschlusses der Regierungschefs aus Bund und Ländern bedeutet, wenn die Einstellung von DKP-Mitgliedern in den öffentlichen Dienst in der Regel abgelehnt wird. Nach den einschlägigen beamtenrechtlichen Bestimmungen darf in den öffentlichen Dienst nur eingestellt werden, wer die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt. Das bedeutet, daß derjenige, bei dem in dieser Hinsicht aufgrund von Tatsachen auch nur Zweifel bestehen, nicht eingestellt werden darf, es sei denn, er räumt diese Zweifel aus. In völliger Übereinstimmung damit heißt es in dem Beschluß der Regierungschefs vom 21. Januar 1972 u. a.: „Gehört ein Bewerber einer Organisation an, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, so begründet diese Mitgliedschaft Zweifel daran, ob er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten wird. Diese Zweifel rechtfertigen in der Regel eine Ablehnung des Einstellungsantrages.“ Von einer mißverständlichen Abfassung des Beschlusses kann hier gar keine Rede sein. Oder ist Herr Dürr etwa im Zweifel darüber ob die DKP verfassungsfeindliche Ziele verfolgt?

Mehr Rechte für Bedienstete im öffentlichen Dienst

Für die Verbesserung und Stärkung der Rechte der Bediensteten im öffentlichen Dienst wird sich die Arbeiternehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einsetzen. Diese Äußerung machte der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Müller (Remscheid), nach einer Sitzung der Projektgruppe „Personalvertretungsgesetz“. Zu diesem Thema hat die CDU/CSU energisch Kritik an dem von den Regierungsparteien vorgelegten Entwurf eines Personalvertretungsgesetzes geübt und der Regierungskoalition empfohlen, nach ihrem vielen Gerede über Mitbestimmung und mehr Demokratie nun konkrete Taten folgen zu lassen. Was sie bisher vorgelegt hätten, so sagt die CDU/CSU, beweise, daß auch heute von den schönen Wahlkampfpapieren nicht sehr viel zu halten sei.

Konkret stellt der CDU/CSU-Abgeordnete Müller zu dem Entwurf des Gesetzes fest:

■ Der Entwurf des Personalvertretungsgesetzes, den die Koalition eingebracht hat, kann nicht im Aufgalopp über die parlamentarischen Hürden gebracht werden. Dazu ist der Entwurf von SPD und FDP zu unausgegoren und gegenüber geltendem Recht auf Länderebene geradezu rückschrittlich. Ein neues Bundespersonalvertretungsgesetz bedarf der Wichtigkeit der Sache entsprechend gründlicher Beratung.

■ In all den Fällen, in denen vergleichbare Tatbestände im öffentlichen Dienst mit der gewerblichen Wirtschaft bestehen, müssen in personellen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen gleichwertige, möglichst gleichlautende Regeln

stattfinden, wie sie im neuen Betriebsverfassungsgesetz niedergelegt sind. Wo es wegen der speziellen Bedürfnisse der Beschäftigten im öffentlichen Dienst keine Notwendigkeit für Abweichungen von der Betriebsverfassung gibt, dürfen die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht hinter denen der anderen Arbeitnehmer zurückstehen.

■ Ein neues Bundespersonalvertretungsgesetz soll als Grundnormenkatalog Mindestregelungen für die gesamte Bundesrepublik Deutschland enthalten, die nach speziellen

Notwendigkeiten auf Landesebene durch Landesgesetze verstärkt und verbessert werden dürfen. Es ist nicht denkbar, daß moderne Landespersonalvertretungsgesetze auf Grundnormen zurückgeschrieben werden müßten.

■ Ein neues Personalvertretungsgesetz muß heute bestehende Mitwirkungsrechte zu Mitbestimmungsrechten der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst weiter entwickeln. Diese Mitbestimmungsrechte sollten gerade in den Fällen, in denen die Letztentscheidung durch parlamentarische Gremien gefällt wird, zeitlich früher ansetzen (z. B. Entwurf von Stellen- und Organisationsplänen in Ministerien etc.), als dies heute der Fall ist.

Bonn zahlte 1972 an Ost-Berlin mehr als 312 Millionen DM

Die Bundesregierung hat im vergangenen Haushaltsjahr Zahlungen in Höhe von mindestens 312 Millionen DM an die „DDR“ geleistet. In dieser Summe nicht enthalten sind Zahlungen für den Freikauf von Häftlingen und die Familienzusammenführung. Dies geht aus der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Herold, auf eine Anfrage des Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten Jürgen Wohlrabe hervor.

Der größte Teil der Zahlungen entfällt auf die Pauschalsumme von 234,9 Millionen DM, die die Bundesregierung aufgrund der Bestimmungen des Transitabkommens vor allem an Straßenbenutzungsgebühren und Visakosten zu überweisen hat.

Aus dem Sonderhaushalt der Bundespost wurden nach An-

gaben Herolds eine Pauschalzahlung von 30 Millionen DM zum Ausgleich der Mehrleistungen der „DDR“-Postverwaltung im Post- und Fernmeldeverkehr sowie ein Finanzierungsbeitrag von 3 Millionen DM „für die Bereitstellung weiterer 69 Fernsprechleitungen zur vorzeitigen Aufnahme des Selbstwähl-Fernsprechverkehrs von Berlin (West) aus“ geleistet.

Einen Betrag von rund 6 Millionen DM überwies die Bundesregierung an die Deutsche Reichsbahn als sogenannte Achskilometervergütung für die Post.

Vor Pressevertretern erklärte der Abgeordnete Wohlrabe in Berlin, man müsse davon ausgehen, daß Ost-Berlin noch zusätzlich einen Betrag von 163 Millionen DM für Freikauf von Häftlingen und Zwecke der Familienzusammenführung erhalten habe.

Saarland

Werner Scherer neuer Chef der Saar-CDU

Im traditionsreichsten Saal der Grenzmetropole führte die CDU-Saar am 10. und 11. März ihren diesjährigen Landesparteitag durch, der wichtige Weichen für die nächste Zukunft stellte. Nach 14jähriger Tätigkeit an der regionalen Spitze der Union trat jetzt Dr. Franz Josef Röder von dieser Position zurück, um seine Kräfte auf die Regierungsgeschäfte zu konzentrieren.

Ministerpräsident Dr. Röder, der dienstälteste unter den „Landesfürsten“, übergab den rund 400 Delegierten eine „Zwischenbilanz progressiver Politik“, einen broschiierten Rechenschaftsbericht über die erste Halbzeit der laufenden Legislaturperiode, und das Buch „CDU-Saar Anspruch und Aufgabe“. Es enthält zwölf Reden, die er seit 1959 bei gleichen Anlässen gehalten hat. Dieses Dokumentationsmaterial zeugt davon, daß sich die Union an der Saar, die im Landesparlament über die absolute Mehrheit verfügt, sich rechtzeitig für die entscheidende Auseinandersetzung mit der Opposition bei den Landtagswahlen 1975 rüstet.

Röder, den die Delegierten zum Ehrenvorsitzenden ernannten, schlug als seinen Nachfolger in der Parteiführung den 44jährigen Vorsitzenden des Kreisverbandes Ottweiler, Kultusminister Werner Scherer vor. Seine vier Stellvertreter sind: MdL Frau Rita Wäschrusch, Wirtschaftsminister Dr. Manfred Schäfer, JU-Vorsitzender Franz Josef Conrad und MdB Werner Zeyer.

Röder hatte in seinem Aus- und Rückblick Rainer Barzel nahegelegt, auf eines seiner Äm-

ter zu verzichten, weil beide Funktionen die Kräfte eines Mannes übersteigen müßten. „Daß Sie sich für diesen Fall auf die Loyalität der CDU in jeder Weise verlassen können müssen, sollte für jeden anständig Denkenden in der Partei eine bare Selbstverständlichkeit sein. Ihre Chancen für das Amt des Kanzlerkandidaten werden dadurch nicht gemindert; denn darüber wird erst in einigen Jahren zu entscheiden sein.“

Röder weiter: „Sollten Sie der Meinung sein, daß Sie das verantwortungsvolle Amt des Fraktionsvorsitzenden nur dann mit Erfolg und im Bewußtsein einer vollen Unterstützung durch die CDU führen können, wenn Sie gleichzeitig den Parteivorsitz haben, scheint mir dieser Standpunkt aus den leidvollen Erfahrungen eines Bundespolitikers zwar nicht ganz unbegründet zu sein.“

Dr. Barzel, der Röder für seine erfolgreiche Arbeit im Interesse der Union dankte, erklärte zum Thema Ämtertrennung: „Ich möchte darauf verweisen, daß der Partei- und Fraktionsvorsitzende, solange er in diesen Ämtern bleibt, keine Begabung hat, einsame Beschlüsse zu fassen oder gar in ehrgeizigen Interviews flatterhaften Inhalts neue Wege aufzuzeigen.“ Das, was er zu vertreten habe, seien Beschlüsse der CDU-Parteigremien, die er – so stellte Barzel klar – allerdings weitgehend selbst herbeigeführt habe. „Ich übernehme dafür die Verantwortung, würde mich freilich wohler fühlen, wenn alle, die diese Beschlüsse mittragen, mich nicht manchmal allein im Regen stehen ließen.“

Barzel, der in Saarbrücken erneut seinen Willen bekundete, die Ämter des Parteivorsitzenden und des Oppositionsführers im Bundestag in einer Hand zu behalten, wies auf die Absicht der Parteiführung hin, jetzt nicht

durch neue Personaldebatten Schlagzeilen zu machen.

Helmut Kohl, der in Saarbrücken auf den von ihm angemeldeten Anspruch auf die Parteiführung nicht einging, sagte u. a., die Wahlniederlage der Union vom 19. November sei kein Betriebsunfall gewesen, sondern ein Denkkettel, der tiefgreifende Entscheidungen notwendig mache. Der Mainzer Ministerpräsident dankte seinem saarländischen Kollegen Röder für die noble Form und die Aufgeschlossenheit, die dazu beitrugen, die nachbarliche Zusammenarbeit zu erleichtern. Beide Länder würden ihre Politik der gemeinsamen Strukturverbesserung unbeirrt fortsetzen.

Arbeit an der Basis

Der neue Chef der CDU-Saar, Minister Werner Scherer, bekannte sich zu einem modifizierten Arbeitsstil, der allen Gremien der Partei Gelegenheit gebe, die Initiativ- und Erneuerungskraft der CDU zu fördern. Sein Appell an die Parteifreunde: Schauen Sie bei Ihrer künftigen Aktivität nicht zu sehr auf die Vorstandsgremien, sondern vor allem auf die Basis. Dort gibt es Arbeit in Hülle und Fülle. Schulter an Schulter stehend, werden wir die Voraussetzungen dafür schaffen, daß wir auch nach 1975 mit der notwendigen parlamentarischen Mehrheit die Politik dieses Landes nach christlich-demokratischen Vorstellungen entscheidend prägen können.

In einem Kommentar der „Saarbrücker Zeitung“ heißt es u. a.: „Eine der bemerkenswertesten Erscheinungen auf diesem Parteitag war das sozialpolitische Element. Es wurde in den Reden, während der Aussprache und bei den Anträgen deutlich, daß sich die CDU Saar stärker als Arbeitnehmerpartei profilieren will. Röder hat hierfür entscheidende Impulse gegeben.“ HK

Rheinland-Pfalz

Behörden: Dienstleistungsbetriebe für den Bürger

In Rheinland-Pfalz, dem Land der ersten umfassenden Verwaltungs- und Funktionalreform, soll der Bürger noch mehr König werden. Innenminister Heinz Schwarz hat jetzt neue Richtlinien erlassen durch die die Behörden angewiesen werden, sich dem Bürger gegenüber auch im

Detail als Dienstleistungsbetrieb zu verstehen.

Ein zentraler Punkt der Richtlinien ist die bessere Information des Bürgers. Schon in der Schule sollen der bisherige Gemeinschaft- und Rechtsunterricht um die Verwaltungskunde erweitert werden. Vor der Durchführung größerer Maßnahmen, wie zum Beispiel Straßen- und Kanalisationsarbeiten, sollen die Bürger vorher unterrichtet werden. Die Öffentlichkeitsarbeit soll durch einen Besucherdienst, Sprechstunden und eine Beschwerdeinstanz verbessert wer-

den. Damit sichergestellt ist, daß jeder zu seinem Recht kommt, soll die Verwaltung ihre Entscheidungen verständlicher begründen, insbesondere die ablehnender oder belastender Natur. Rechtsbeihilfe soll grundsätzlich in allen Fällen gewährt werden.

Auch die Dienstbereitschaft soll verbessert werden. Dazu gehört ein besonderes Auswahlverfahren für Mitarbeiter in publikumsintensiven Dienststellen, automatische Anrufbeantworter und die Öffnung zum Beispiel der Kfz-Zulassungsstelle auch

Stichwort: KSZE/MBFR

Die Idee einer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) wurde von den Sowjets schon zur Amtszeit des Außenministers Molotow geboren. Sie verbanden damit die allerdings hinter Entspannungsformeln versteckte Absicht, den Einfluß der USA und Kanadas in Europa zurückzudrängen bzw. ganz auszuschalten, die Bildung einer westlichen Verteidigungsgemeinschaft zu verhindern und den Bestand der sowjetischen, bis an die Elbe vorgetriebenen Hegemonie zu sichern.

Das jahrelange Drängen des Kreml – zwischenzeitlich hatten die verschiedenen Rapacki-Pläne die Funktion des Sicherheits-Konferenz-Projektes übernommen – hat nun dazu geführt, daß der Westen in eine Mammut-Veranstaltung von 35 Staaten eingewilligt hat, die dieses Jahr in Helsinki eröffnet werden soll. Die KSZE ist jetzt als eine Konferenz konzipiert, die vor dem Hintergrund der mit Bonn abgeschlossenen Ostverträge nicht nur die neue Lage in Europa völkerrechtlich bestätigen lassen, sondern auch eine Bekräftigung der Breschnew-Doktrin von der eingeschränkten Souveränität der Völker in Moskaus Herrschaftsbereich erbringen soll. Das Zielwort aber heißt „Europa den Europäern“, was nach sowjetischer Vorausberechnung impliziert, Amerika als „raumfremde Macht“ aus Europa herauszudrängen.

Als Vorspiel dazu wird bereits jetzt schon der Versuch gemacht, mit Hilfe der Einstiegsdroge einer „Gesamteuropäischen Friedensordnung“ den

Zusammenschluß Westeuropas zu durchkreuzen und eine Alternative zur westeuropäisch-atlantischen Partnerschaft zu entwickeln. Bedeutungsvoll sind Moskaus Vorschläge, die auf eine Institutionalisierung der KSZE abzielen. Aus der Konferenz soll sich ein ständiges gesamteuropäisches Organ entwickeln, eine Art Kontrollkommission, die über militärische, wirtschaftliche, gesellschaftspolitische Fragen der gesamteuropäischen Sicherheit nicht nur berät, sondern auch entscheidet. Ein sowjetisches Gegenmodell zur NATO wie auch zu den EG.

Die MBFR (Abkürzung für „multilateral balanced forces reduction“ = multilaterale, ausgewogene Truppenverminderung), wurde im Juni 1968 in Reykjavik auf der dortigen Sommertagung des NATO-Ministerrats vom damaligen deutschen Außenminister Willy Brandt vorgeschlagen. Erst im Frühjahr 1971 nach Unterzeichnung der Ostverträge durch die Bonner Regierung bekundete Parteichef Breschnew in einer Rede in Tiflis seine grundsätzliche Bereitschaft zu Abrüstungsgesprächen. Den Sowjets aber blieb die angesichts der militärischen und geographischen Benachteiligung der NATO erhobene Forderung nach Ausgeglichenheit der Abrüstung ein Dorn im Auge. Auf keinen Fall wollte Moskau das Thema etwa auch auf der KSZE behandelt sehen. Es drängte daher zu einer von der KSZE separierten Konferenz. Nach längerem Hin und Her mit der NATO über den Tagungsort akzeptierten die NATO-Staaten am 29. 1. 1973 Wien. Die dortigen Vorgespräche dauern noch an.

■ Aus den Landesverbänden

außerhalb der normalen Arbeitszeit. Ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Bürger und Verwaltung ist darüber hinaus die Funktionalreform, die die Einheit der Verwaltung zum Ziel hat. Bei der bevorstehenden Novellierung des Selbstverwaltungsgesetzes soll unter anderem eine Einwohnerversammlung eingeführt werden und eine Unterrichtspflicht über wichtige örtliche Angelegenheiten festgelegt werden. Alle diese Maßnahmen sollen zum Ziel haben, ein gedeihliches Miteinander zwischen Bürger und Behörde zu erreichen und das böse Wort vom „Obrigkeitsstaat“ endgültig vergessen zu machen.

Bremen

CDU lehnt Numerus-clausus-Staatsvertrag ab

Nach heftiger Debatte verabschiedete die bremische Bürgerschaft in erster Lesung mit den Stimmen der SPD das Gesetz über den Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätze. Die CDU lehnte den Vertrag ab, die FDP enthielt sich der Stimme. Der FDP-Antrag, die Abstimmung in Erwartung einer bundeseinheitlichen Regelung um drei Wochen bis zur nächsten Bürgerschaftssitzung auszusetzen, war abgelehnt worden.

Die Vertreter aller drei Fraktionen kritisierten den Staatsvertrag der Regierungschefs der Bundesländer vom 20. Oktober 1972 über die Regelung des Numerus clausus an den Hochschulen scharf. Die härtesten Worte sprachte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Horst-Werner („Thomas“) Franke. Der Staatsvertrag sei ein Denk-

mal für bildungspolitischen Rückschritt, ein bildungspolitisches Monstrum, den heute selbst seine Väter als Fehltritt betrachteten. Er akzeptiere auch nur bedingt das Alibi seiner SPD-Freunde in den anderen Bundesländern, er sei wegen des Einigungszwangs mit der CDU zustande gekommen. Hier traue er unbeschadet der Parteizugehörigkeit keinem Verantwortlichen über den Weg.

Für die CDU legte ihr bildungspolitischer Sprecher Bernd Neumann, stellvertretender Bundes- und Landesvorsitzender der Jungen Union, mehrere konkrete Änderungsvorschläge der CDU vor. Kurzfristig sollten in Zusammenarbeit mit den übrigen Bundesländern Grundzüge für bundeseinheitliche Leistungsbemessungskriterien in der Schule erarbeitet werden, um das Abitur zu reformieren.

Die Studienbewerber aus bildungsfernen Arbeiterschichten, Absolventen des zweiten Bildungswegs und diejenigen ohne Reifeprüfung müßten stärker berücksichtigt werden.

Um die Entwertung der Landesparlamente durch die zunehmende Regelung bundes- und landespolitisch bedeutsamer Fragen durch Staatsverträge auszugleichen, sollten entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Verteilungs- und Auswahlkriterien, Kapazitätsermittlungen und das Vergabe-

verfahren statt durch Rechtsverordnungen des Bildungssenators durch die Bürgerschaft nach ausführlicher Debatte geregelt werden.

Für die Wahl des Vertreters der bremischen Hochschulen im Beirat der Zentralstelle solle gemäß dem Vorschlag der schleswig-holsteinischen SPD eine gesetzliche Regelung vorgesehen werden. Außerdem solle der Senat unverzüglich nach der Ratifizierung in neuen Verhandlungen mit den übrigen Bundesländern eine Verkürzung der Mindestlaufzeit des Vertrages erreichen.

Wie wichtig die Regelung der Kapazitätsberechnung durch die Bürgerschaft ist, wurde im Beitrag der FDP deutlich. Die Kosten je Student lägen in Bremen um 50% über denen der anderen Bundesländer, die aber an der Finanzierung der Bremer Universität beteiligt seien.

Um sich die Freiheit zur Kritik zu erhalten und nicht regelmäßig Einzelregelungen zum Numerus clausus beschließen zu müssen, stimmten auch die Jusos für das „bildungspolitische Monstrum“, waren „Hebammen einer Mißgeburt“, so ex-FDP-Senator Bortscheller.

Konsequent lehnte die CDU den Staatsvertrag ab, da ihre Forderungen nicht berücksichtigt worden seien, obwohl etwa in

Dr. Herbert Hupka, MdB, hat die Bundesregierung gefragt, ob ihr die von der Deutschen Welle als einer Rundfunkanstalt nach Bundesrecht verbreitete Version des Monahan-Berichtes bekannt sei, wonach Journalisten der Deutschen Welle „der Glaubwürdigkeit der Deutschen Welle einen schlechten Dienst erweisen“, wenn sie „in Zeitungen zu umstrittenen Themen persönliche Meinungen äußern, die mit dem Kurs der Bundesregierung nicht übereinstimmen und im Widerspruch zu den Sendungen der Deutschen Welle stehen“. Dr. Hupka fragte weiter, ob die Bundesregierung die Ansicht teile, daß entsprechend den Empfehlungen des Monahan-Berichtes die Journalisten der Deutschen Welle in ihrer Meinungsfreiheit erheblich beeinträchtigt werden sollen und daß diese Empfehlungen vor allem gegen Art. 5 des Grundgesetzes verstoßen.

■ Länder

Schleswig-Holstein der SPD-Änderungsantrag angenommen wurde. Wenn schon der bildungspolitisch bedenkliche Vertrag in Kraft trete, müsse er wenigstens für die wirklich Betroffenen so akzeptabel wie möglich sein und seine Laufzeit möglichst verkürzt werden.

Exil-CDU

Verabschiedung des Grundvertrages aussetzen

Der Hauptvorstand der Exil-CDU erörterte in seiner Sitzung in Berlin aktuelle Fragen des Grundvertrages. Der Vorsitzende der Exil-CDU, Dr. Johann B. Gradl MdB, faßte die einmütige Auffassung des Hauptvorstandes folgendermaßen zusammen:

Gegen Wortlaut und Geist des Grundvertrages verweigert die DDR immer wieder humanitäre Maßnahmen und verbesserte praktische Beziehungen, die im Vertragswerk grundsätzlich zugestanden sind. Damit wird gerade auch die Weite des Grundvertrages in Frage gestellt, die von der Bundesregierung für seine positive Bewertung hervorgehoben wird.

Die Bundesregierung und ihre Koalition sollten deshalb die Verabschiedung des Vertrages im Bundestag auf jeden Fall so lange aussetzen, bis bei der DDR Klarheit über den praktischen Vollzug der in Aussicht gestellten innerdeutschen Entscheidungsmaßnahmen geschaffen ist.

■ Personalien

Dr. Karl Heinz Narjes, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, wurde neu in den Vorstand des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) gewählt.

Dr. Gerhard Stoltenberg, schleswig-holsteinischer Ministerpräsident, hat eine besondere Form des Urlaubsangebotes für kinderreiche Familien gefordert. Bemerkenswert sei die Tatsache, daß „auch heute noch mangelnde Kaufkraft einen Teil der Bevölkerung zu einem Reiseverzicht zwingt“.

Konrad Grundmann, Vorsitzender des Landtagsausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales in NRW, und Dr. Hans Ulrich **Klose**, MdL, Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in NRW, sagten auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Mülheim im Hinblick auf aktuelle, antiliberalen, kirchenfeindliche Tendenzen, daß die caritative und diakonische Arbeit der Kirchen rechtlich und tatsächlich geschützt werden müssen. Eine Ausschaltung der kirchlichen Sozialarbeit würde nicht nur den Freiheitsraum im Staate einschränken, sondern zum Zusammenbruch des größten Teils der öffentlichen Wohlfahrtspflege führen. Von den Kirchen werde Mut zum Risiko erwartet.

Gerhard Reddemann, MdB, erklärte nach einer Reise an die Zonengrenze, er habe den Eindruck, daß die Bundesregierung nicht rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen für die Öffnung der Zonengrenzübergänge getroffen hat. Reddemann: „Wir bewegen uns offensichtlich am Rande eines Skandals.“

■ Termine

19. 3.	CDU - Bund	Präsidium und Landesschatzmeister	Bonn
19. 3.	LV Baden-Württemberg	Landesvorstand	Stuttgart
19. 3.	LV Schleswig-Holstein	Grundsatzkommission	Kiel
20. 3.	LV Schleswig-Holstein	Landesvorstand KPV und Kreisgeschäftsführer	Kiel
20. 3.	CDU - Bund	Bundesausschuß für Agrarpolitik	Bonn
21. 3.	LV Schleswig-Holstein	Landesfachausschuß „Öffentliche Verwaltung“ Vorstand	Kiel
21. 3.	LV Schleswig-Holstein	Landesfachausschuß „Wehrpolitik“	Neumünster
21. 3.	LV Rheinland Mittelstandsvereinigung	Landesausschuß	Bonn
21. 3.	LV Rheinland Mittelstandsvereinigung	Vorstand	Bonn
22. 3.	CDU - Bund	Bundesausschuß für Gesundheitspolitik	Bonn
23. 3.	EAK - Bund	Studiengruppe	Bonn
23. 3.	EAK - Bund	Vorstand	Bonn
23. 3.	CDU - Bund	Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik	Bonn
23. 3.	LV Rheinland Wirtschaftsvereinigung	Vorstandssitzung	Köln

U i D

Verlag: Union Betriebs GmbH., 53 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 22 00 40.
Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn. Nr. 1124 932. Postscheckkonto Köln 1937 95. Abonnementspreis vierteljährlich DM 6,-, Einzelpreis DM 0,50. Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn.